

Trotz Flaute fehlen 144 000 Fachkräfte

Der Mangel an qualifizierten Technikern wird laut Studie bis 2020 noch größer. Wirtschaft büßt 28,5 Milliarden Euro im Jahr ein.

Olaf Preuß
Hamburg

Die Trends widersprechen sich, doch das nur auf den ersten Blick: Einerseits drückt die Finanzmarktkrise die Erwartungen für die produzierende Wirtschaft. Die Aussichten für das Wachstum und damit auch für den Arbeitsmarkt werden schlechter. Zugleich aber warnen Experten vor einem verschärften Mangel an Fachkräften vor allem in den technischen Berufen und bei Ingenieuren. „Der Mangel an Fachkräften hat nichts mehr mit der Entwicklung der Konjunktur zu tun“, sagt Peter Haas vom Industrieverband Nordmetall. „Das hat sich inzwischen komplett voneinander entkoppelt.“

Eine neue Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln fasst das Problem in Zahlen: In den technischen Berufen und auf dem Markt für Ingenieure fehlen derzeit rund 144 000 Fachkräfte. Die Summe ergibt sich aus der Differenz von offenen Stellen bei der Bundesagentur für Arbeit und den gemeldeten Arbeitslosen in diesem Bereich. Ergänzt wird die Kalkulation durch eine Umfrage bei 660 Unternehmen.

Nach der Prognose des Instituts wird die „Fachkräftelücke“ bis zum Jahr 2020 auf rund 232 000 Menschen anwachsen, wenn Politik, Unternehmen und Verbände nicht gegensteuern. „Von Mitte 2007 bis Mitte 2008 ist der deutschen Wirtschaft allein aus nicht besetzbaren Stellen in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik ein Schaden von 28,5 Milliarden Euro entstanden“, sagt IW-Geschäftsführer Hans-Peter Klös.

Der Mangel an Fachkräften wächst vor allem aus zwei Gründen: Die Geburtenrate in Deutschland sinkt, damit geht auch der Nachwuchs für die Unternehmen zurück. Zugleich steigen die Anforderungen in der Wirtschaft und im Berufsleben ständig weiter.

Den Kern der deutschen Industrie bilden Unternehmen aus dem Maschinen- und Anlagenbau, aus der Fertigung von Automobilen, Flugzeugen oder Schiffen. Es sind

Hersteller, die sich mit qualitativ hochwertigen Produkten an den internationalen Märkten behaupten und denen Deutschland den Rang des Exportweltmeisters verdankt. Die Produkte werden technologisch immer komplexer – und damit auch die Ansprüche an die Ausbildung der Mitarbeiter. „Es gibt in Deutschland heutzutage viel zu wenige Hochschulabsolventen, vor allem auch in den Ingenieurberufen“, sagt Klös.

Die deutsche Schiffbauindustrie, die ebenfalls unter Fachkräftemangel leidet, begegnet dem Problem pragmatisch. Um mehr Ingenieure aus den Fachhochschulen auf die Werften zu holen, engagieren sich die Unternehmen früh für den Nachwuchs. Sie bieten ihren Auszubildenden den „dualen Weg“ an: Wer nach der Ausbildung ein Hochschulstudium absolvieren will, bekommt einen Arbeitsvertrag und pendelt während des Studiums zwischen Unternehmen und Hochschule. Praxis und Theorie werden dabei eng verzahnt. „Die Zahl der Studienabbrecher ist in diesem dualen System deutlich geringer als bei den Studenten, die ihre Hochschulausbildung im Alleingang absolvieren“, sagt Werner Lundt, Hauptgeschäftsführer des Verbandes für Schiffbau und Meerestechnik in Hamburg. „Das liegt auch daran, dass die Absolventen die Perspektive eines sicheren Arbeitsplatzes haben und bereits eine Verbindung zu einem Unternehmen aufbauen können.“

Die Bundesregierung will dem wachsenden Fachkräftemangel gemeinsam mit den Ländern auf breiter Front begegnen, von der Vorschule bis in die Hochschule. In den Hochschulen gehe es vor allem darum, den hohen Anteil von Studienabbrechern in den technischen und den naturwissenschaftlichen Fächern zu senken, heißt es in einer Reaktion des Bundeswirtschaftsministeriums auf die neue Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft. Zudem soll die Finanzierung der Hochschulen genauer an die Nachfrage der Studenten angepasst werden. Finanziellen Spielraum erwartet der Bund vor allem durch die rückläufigen Schülerzahlen und die sinkenden Kosten für die Schulen.

Dagmar Wöhrle, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeswirtschaftsministerium, macht eine einfache Rechnung auf: Die Maßnahmen, die in der IW-Studie vorgeschlagen werden, kosteten jährlich zunächst sechs, später bis zu neun Milliarden Euro. „Der volkswirtschaftliche Nutzen allerdings, die demografische Rendite“, sagt Wöhrle, „dürfte im Jahr 2020 bereits bei ungefähr 16 Milliarden Euro jährlich liegen.“